

Betriebsräte, organisiert den Kampf gegen die Regierung Papen

Ein Aufruf des Betriebsräteauschusses — Schließt die rote Einheitsfront — Organisiert die Antifaschistische Aktion!

Der engere Reichsausschuss der Betriebsräte und der Bezirksbetriebsräteauschuss für Berlin-Brandenburg beschloß in einer gemeinsamen Tagung am 7. Juni, auf der Genosse Bauer über die Aufgaben der Betriebsräte sprach, einstimmig folgenden

Appell an alle Betriebsräte.

Kollegen!

Die Regierung Papen hat ihr Programm veröffentlicht. Es ist eine Kampfanfrage an die gesamte Arbeiterklasse. Rücksichtslos wird angekündigt, daß die Arbeiter und Angestellten in noch größerem Umfang als bisher dem Elend und der Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden sollen, um den Kapitalismus am Leben zu erhalten. Die Hitlerpartei als wesentlichster Bestandteil der konterrevolutionären Kräfte unterstützt die Regierung des Junkers Papen, der die Aufgabe hat, in noch schnellerem Tempo als Brüning die Faschisierung in Deutschland durchzuführen.

Die schwere Schuld der sozialdemokratischen Führer an dem Entfalten der faschistischen Reaktion kommt in der gegenwärtigen Situation auch großen Schichten sozialdemokratischer Klassen-genossen zum Bewußtsein. Nur wenige Wochen sind seit der Präsidenten- und den Preußenwahlen vergangen und immer klarer wird die Erkenntnis über die Schamlosigkeit, mit der die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB ihre Mitglieder betrogen haben.

Kollegen! Denkt an die Kämpfe der Vergangenheit. Habt ihr vergessen, welche entscheidende Rolle die Betriebsräte, als die Reaktion 1920 zu seinem entscheidenden Schlag gegen das Proletariat ausholte, gespielt haben? Haben wir nicht gemeinsam an der Spitze der Belegschaften im Kapp-Putsch die Konterrevolution zurückgeschlagen?

Damals habt ihr eure Aufgabe im Sinne des revolutionären Klassenkampfes erkannt. Soll es jetzt, wo die Gefahr von Seiten der Reaktion so groß geworden ist, anders sein? Das kann und darf nicht geschehen!

Denkt daran, daß die „Politische Zeitung“ am Todestage des Führers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Legien schrieb, daß sich gegen den Willen der Gewerkschaften keine Regierung auch nur einen Tag behaupten könne. Wir sagen euch, auch auf die Papenregierung trifft das zu. Gleichzeitig erinnern wir euch daran, daß die ADGB-Führer die Macht der Gewerkschaften zur Wahrnehmung eurer ureigensten Interessen nicht gegen die Feinde der Arbeiterklasse einleitet, sondern durch ihre Politik Schritt für Schritt den Weg für den offenen Faschismus vorbereitet haben.

Kollegen! Ihr selbst müßt die Kraft der Gewerkschaften gegen jene, die wir schon einmal gemeinsam zurückgeschlagen haben, die

KPD.-Stadtverordn. neue gegen kalten Lohnabbau

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion stellt für die heutige Stadtverordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag:

Durch den Magistrat soll die Anordnung getroffen worden sein, daß in allen städtischen Dienststellen für die Beamten, Arbeiter und Angestellten die Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden ohne Lohnausgleich herabgesetzt bzw. verkürzt wird. Diese Maßnahme bedeutet einen neuen Lohn- und Gehaltsabbau für die städtischen Arbeiter und Angestellten.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt daher: Durch die Verkürzung der Arbeitszeit darf eine Minderung der Bezüge der Arbeiter und Angestellten der Stadtverwaltung nicht eintreten.

Vergolder rüsten zum Streik

Gegen die Vergolder und Rahmenmacher ist ein Schiedspruch gefällt worden, durch den ein Lohnabbau von weiteren 10 Prozent diktiert werden soll. Die Arbeiter dieses Berufszweiges sind zu 80 Prozent im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert. In einer Branchenversammlung am 6. Juni lehnten sie fast einstimmig den Schiedspruch ab.

Vergeblich versuchte der Verbandsangestellte und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Harnisch, der an Stelle des fast immer verhinderten Boese erschienen war, Kampfbeschlüsse zu verhindern. Boese teilte in einem Schreiben mit, daß ein Streik seiner Ansicht nach wenig Hoffnung auf Erfolg habe, da die Unternehmer doch die Verbindlichkeitsklärung beantragen würden. Harnisch erklärte, man könne an den Dingen gar nichts ändern, da man ja überhaupt nicht wisse, ob das gesamte Schlichtungs-wesen erhalten bleibt und wie alles noch kommen mag. Nach seiner Meinung soll man also der Papenregierung und ihren Schlichtern, zu denen ja auch Wißell und andere prominente Sozialdemokraten gehören, kampflös das Feld überlassen.

Ein Vertreter der Opposition fand lebhaft Zustimmung, als er erklärte, daß es der Bürokratie lediglich um die Erhaltung des Schlichtungsapparates unter Führung Wißells gehe, der den Vergoldern die Löhne bereits bis unter eine Mark abgebaut hat. Großsprecherisch habe der ADGB angekündigt, daß er seine Kraft aufsparen wolle, um nach dem 30. April die alten Löhne zurück-zuerufen. Statt dessen aber wurden im Reich gerade den Holz-arbeitern die Löhne bis zu 50 Prozent mit Hilfe der Bürokratie und der Schlichtungsinstanzen abgebaut.

Nach lebhafter Diskussion wurde ein Antrag angenommen, in jedem Betrieb einen Streikauschuss von je drei Mann zu wählen und sofort die Verbindung mit den Gewerkschaften anzuschließen. In allen Betrieben muß dieser Beschluß sofort durchgeführt werden. Es kommt darauf an, den Streik sofort auszulösen, ehe die Betriebe sich hinter einen verbindlich erklärten Schiedspruch verstecken kann.

Landarbeiterstreik in Mecklenburg

Auf dem Gut Waldendorf bei Gnoien (Mecklenburg) sind die Landarbeiter in den Streik getreten. 16 Frauen und 12 Männer haben die Arbeit niedergelegt, weil sie selbst bei größter Schüfterei nicht mehr als 6,50 Mark wöchentlich im Akkord verdienen. Dabei haben einige Arbeiter 14 Stunden am Tage geküffelt.

heute aber wieder die Macht in Deutschland ausüben, einsehen, um den Sieg des Proletariats herbeizuführen und zu sichern. Erkennt die Situation? Zeigt, daß ihr entschlossen seid, den Kampf gegen die Konterrevolution zu führen!

Wieder gilt es, zu beweisen, daß die Betriebsräte im entscheidenden Augenblick an der Spitze der Belegschaften stehen, um die Arbeiterklasse, ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, für die kämpfende rote Einheitsfront, für die siegreiche Antifaschistische Aktion zu mobilisieren.

Organisiert in allen Betrieben die einheitliche Abwehr gegen

die Generalregierung. Veranlaßt gemeinsame Betriebs- und Betriebsrätevollversammlungen. Nehmt dort zu dem Brief des Reichsausschusses der Betriebsräte, „An alle Betriebsräte“, der zur Bildung der Einheitsfront in den Betrieben aufruft, Stellung. Organisiert den Widerstand der Arbeiterklasse und geht zum Angriff über. Rüstet zum außerparlamentarischen Massenkampf gegen Faschismus, Hunger und Krieg, bildet den roten Massenelbstschutz in den Betrieben, schafft die Voraussetzungen für den politischen Massenstreik! Nur die geschlossene Kampffront des gesamten Proletariats ist in der Lage, die Regierung der Barone und Junker, der Industrie- und Finanzkapitane zu beseitigen.

Graphische Angestellte schließen sich zusammen

Gemeinsame Versammlung — ein Schritt vorwärts zum gemeinsamen Kampf

Eine Vereinigung der Angestelltenräte der papierverarbeitenden Industrie hatte in der vergangenen Woche die Angestellten der großen Berliner Zeitungsbetriebe zu einer gemeinsamen Versammlung aufgerufen. In dieser Versammlung waren wichtige Großbetriebe durch starke Delegationen vertreten. Im Präsidium saßen Kollegen der verschiedensten Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, vom Zentralverband der Angestellten bis zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband.

Ein Kollege von der Deutschen Buchgenossenschaft eröffnete die Versammlung und betonte, daß sich die Vereinigung der Angestelltenräte gebildet habe, um die Kollegen in der Graphischen Industrie durch ihre Betriebsvertretungen zum gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmer zu mobilisieren.

Dieser Kampf müsse gemeinsam ohne Rücksicht auf das Gewerkschaftsbuch, das die Kollegen in der Tasche haben, organisiert werden.

Nachdem ein Kollege von der „Deutschen Tageszeitung“ gesprochen hatte, charakterisierte ein Angestellter von Ullstein die Methoden der Unternehmer, die Angestellten durch differenzierten Abbau zu spalten. Ein Mitglied des reformistischen Zentralverbandes der Angestellten wies darauf hin, daß die Bürokratie aller Angestelltenverbände sich darin einig ist, daß sie nicht daran denkt, ihre Mitglieder zum Widerstand gegen die Unternehmerangriffe zu mobilisieren.

Große Empörung löste das Verhalten eines Vertreters des ZbV-Verbandes aus. Dieser, der angeblich „zufällig“ in diese Versammlung kam, erklärte, daß er zu den angeführten Tatsachen nichts zu sagen habe, drohte aber allen ZbV-Mitgliedern, die sich an diesen Bemühungen zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront beteiligen, den Ausschluss aus dem Verband an. Der Vertreter des Angestelltenrates von der Deutschen Buchgenossenschaft, ein ZbV-Mitglied, antwortete darauf, daß die Kollegen seines Betriebes dem Verband an dem Versuch, ihn auszuschließen, eine entsprechende Antwort erteilen würden. Auch ein Kollege vom Gewerkschaftsbund der Angestellten nahm das Wort.

Großen Eindruck machte die Rede eines Vertreters der AGD. Er begrüßte das Vorgehen der Vereinigung und betonte, daß, wenn auch die AGD sich nicht hundertprozentig hinter alle zulage getretenen Auffassungen stellen könnte, sie doch bereit sei, jeden Schritt zu unterstützen, der die Angestellten einen Schritt vorwärts zum gemeinsamen Kampf bringe. In dem Einheitsfrontappell hatte sie klar zum Ausdruck gebracht, daß es ihr dabei nicht in erster Linie auf das Mitgliedsbuch, sondern auf den ehrlichen Kampf-willen ankomme.

Aufgabe aller AGD-Kollegen ist es, die Bestrebungen zum Zusammenschluß aller Angestellten in der graphischen Industrie auf das Aktivste zu unterstützen. Es kommt darauf an, daß die AGD-funktionäre konkrete Vorschläge zur Organisierung des Kampfes machen und dadurch auch diese Bewegung der graphischen Angestellten auf dem Wege zur roten Einheitsfront vorwärtsführen.

Neuer Schandstreik der DMV.-Bürokratie

Warum nur Teilerfolg im Rohrlegerstreik bei Beweka?

Der DMV hat, wie wir berichteten, mit den Unternehmern im Rohrlegergewerbe freiwillig eine Lohnabbauregelung geschlossen, die die Stundenlöhne von 1,35 auf 1,16 Mark herabsetzt. Die Belegschaft der Rohrlegersfirma Beweka hatte die Nichtdurchführung des Lohnabbaues gefordert. Da die Firma nicht nachgeben wollte, trat die Belegschaft in den Streik.

Bereits nach zwei Tagen war die Firma verhandlungsbereit. Wie kam es nun, daß trotz dieser Lage die streikende Belegschaft nur einen Teilerfolg erzielen konnte?

Hierzu wird uns von Vertretern der Streikenden geschrieben: Alles wurde von dem Unternehmer unternommen, um Streikbrecher zu werben. Ein hierzu eingerichtetes illegales Büro mußte durch das aktive Auftreten der Streikenden geschlossen werden. Erwerbslose Kollegen, durch eine Annonce in der „Morgenpost“ angefordert, nahmen nach Aufforderung durch die Streikenden Stellung gegen die Firma und verlangten das Jahrgeld zurück.

Die Streikenden fordern Fortzahlung des alten Lohnes. Die Firma erklärt sich bereit, den alten Lohn bis Ende Juni, von da ab bis 1. Oktober 1932 1,20 Mark für Rohrleger und eine Mark für Helfer zu zahlen.

In der Verhandlung nimmt auch ein DMV-Kollege das Wort und versucht, die Forderung der kämpfenden Kollegen zu begründen. Der Unternehmer fällt ihm ins Wort und sagt: „Sie sind doch Mitglied des DMV. Ich werde mich bei Herrn Cäz über Sie beschweren. Sie kennen doch auch Herrn Hensel?“

Eine Streikbruchfiliale ist zugemacht, aber der Unternehmer kennt noch eine größere und zwar in der Linienstraße 86/88, wo

die Bürokratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes sitzt. Der Unternehmer hat sich nicht getraut. Er erschäft, trotzdem sechs im DMV organisierte Kollegen einmütig mit den übrigen 36 im Einheitsverband für das Baugewerbe organisierte Kollegen im Streik stehen und Streikkontrollkarten von dem Angestellten Bogler vom DMV erhalten haben, Arbeitsberechtigungskarten für Streikbrecher.

Es gelingt auch jetzt noch nicht, die Einheitsfront zu zerlegen. Die Firma ist bereit zu verhandeln. Aber nicht mit dem Vertreter des Einheitsverbandes. Die Streikleitung, die aus Vertretern des DMV- und des GbV-Kollegen zusammengesetzt ist, nimmt zur Lage Stellung und beschließt, ohne Vertreter des GbV nicht zu verhandeln. Die Belegschaft erklärt den Beschluß. Die Firma fügt sich.

Da die Belegschaft nach den Erfahrungen des Rohrlegerstreiks im Jahre 1929 mit der Organisierung des Streikbruchs durch den DMV rechnen mußte, nahm sie das Angebot der Firma an und ging mit diesem Teilerfolg in den Betrieb zurück. Nicht die Drohung mit Polizeigewalt von Seiten der Firma, sondern die schändliche Streikbrecherrolle der DMV-Bürokratie hat die Belegschaft um den vollen Erfolg gebracht.

Diese Manöver können für die Zukunft nur verhindert werden, wenn die Anstrengungen zur Herstellung der roten Einheitsfront aller Rohrleger verstärkt werden. Überall in den Betrieben und Stempelstellen müssen sich die Rohrleger des roten Verbandes und des reformistischen Verbandes zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen. Die Einreichung aller Rohrleger in die Antifaschistische Aktion ist die beste Gewähr dafür, daß sie in Zukunft wieder siegreiche Kämpfe durchführen und die schändliche Rolle der DMV-Bürokratie durchkreuzen können.

Erfolgreiche Kämpfe in der Schuhindustrie

Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Abteilung der Schuhfabrik S j i e (Salamander) in Kornwestheim b. Stuttgart haben am 4. Juni die von der Firma geplante Akkordreduzierung durch passive Resistenz erfolgreich abgewehrt.

In Stuttgart hat die Belegschaft der Fa. Spieh den Abbau der Akkordlöhne ebenfalls durch passive Resistenz erfolgreich abgewehrt. Nachdem die Kürzung der Akkordlöhne am 2. Juni mitgeteilt worden war, nahmen die Arbeiter am 3. Juni früh die Arbeit nicht auf. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Firma wurde um 11 Uhr eine Betriebsversammlung durchgeführt, in der die gesamte Belegschaft beschloß, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, ehe nicht der Lohnabbau rückgängig gemacht würde. Angesichts des geschlossenen Kampfwillens der gesamten Belegschaft erklärte sich die Firma zur Weiterzahlung der alten Akkordlöhne bereit.

Diese erfolgreichen Kämpfe müssen von allen Schuhmachern als Auftakt für ihren geschlossenen Kampf gegen den Lohnabbau vorloß der Schuhindustrie betrachtet werden, die bekanntlich einen 14prozentigen Lohnabbau zum 1. Juli fordern. In allen Betrieben muß auf der Grundlage des Einheitsfrontappells der KPD. und AGD. sofort die konkrete Streikorganisierung in Angriff genommen werden.

Lohnabbau für die Kammereiarbeiter vor der Tür

Nur sofortiger Kampf kann ihn abwehren

Übermalls soll den Kammereiarbeitern Berlins der Lohn abgebaut werden. Der Schiedspruch sieht folgenden Lohnabbau vor: für Angelernte 2 Pf. pro Stunde für Angelernte 3 Pf. pro Stunde für Angelernte mit besonderer Tätigkeit 5 Pf. pro Stunde.

Wie wir erfahren, soll noch am Ende dieser oder im Laufe der nächsten Woche dieser Schiedspruch verbindlich erklärt werden. Die Gewerkschaftsbürokratie tut alles, um diesen Streich gelingen zu lassen. Der Gesamtverband denkt nicht einmal daran, die Kollegen von dem erneut drohenden Lohnabbau zu informieren. Deshalb werden von ihm auch keine Versammlungen abgehalten.

Die Kollegen der Kammereibetriebe dürfen dieses neue Diktat keinesfalls kampflös hinnehmen. In allen Betrieben müssen sofort Versammlungen abgehalten werden, wo in der geschlossenen Einheitsfront aller Kollegen sofortige Kampfmaßnahmen beschlossen werden. Der Arbeiterrat der Stettiner Kammereibetriebe, der eine Entschließung zum gemeinsamen Kampf in roter Einheitsfront angenommen hat, gibt das Beispiel. Die Beschlüsse müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden.

Nur sofortige Organisierung des Streiks in den Kammereibetrieben kann die Durchführung des Lohnabbaus verhindern!